

05.08.09

Stellungnahme der rheinland-pfälzischen PiA-Sprecherinnen zur Veröffentlichung des Forschungsgutachtens zur Psychotherapieausbildung

Vor knapp drei Monaten wurde das von der Profession mit Spannung erwartete und bereits im Vorfeld kontrovers diskutierte Forschungsgutachten zur Psychotherapieausbildung an das Bundesgesundheitsministerium übergeben und allgemein veröffentlicht. Uns PiA brannte dabei vor allem eine Frage unter den Nägeln: Welche Ergebnisse liefert das Gutachten zur Bezahlung und Betreuung der Praktischen Tätigkeit (PT) und welche Bewertungen und Schlussfolgerungen ergeben sich für die Wissenschaftler daraus?

Die Ergebnisse des Gutachten belegen diesbezüglich, was von uns schon lange problematisiert wird: Fast 50% der PiA erhalten während der Praktischen Tätigkeit entweder kein Entgelt (36,8%) oder sind als ‚Minijobber‘ bzw. wenig darüber (10,4% erhalten maximal 500 Euro brutto) beschäftigt. Dass sich davon nicht leben lässt, ist wohl unbestreitbar. Gleichzeitig zeigt die Befragung, dass die Kliniken durch den Einsatz von Ausbildungsteilnehmern teils sehr deutliche Entlastung erleben; wir werden beispielsweise oft sowohl für Einzel- als auch für Gruppentherapien eingesetzt. So besteht eine Schieflage zwischen Vergütung und Arbeitstätigkeit, die noch dazu mit der APrV (Ausbildungs- und Prüfungsverordnung) kollidiert, in der die Praktische Tätigkeit als Zeit des Kennenlernens von verschiedenen Störungsbildern „unter fachkundiger Anleitung und Aufsicht“ beschrieben wird. Unberechtigterweise berufen sich die Klinik-Verantwortlichen unserer Erfahrung nach gerne auf die APrV, um die fehlende oder mangelhafte Vergütung zu begründen.

Das Gutachten empfiehlt, die Praktische Tätigkeit tatsächlich als Zeit des Kennenlernens von Störungsbildern ohne eigenständiges therapeutisches Arbeiten aufzubauen. Als Konsequenz regt die Forschergruppe eine Verkürzung der Tätigkeit von 1800 Stunden und 18 Monaten auf 1200 Stunden bzw. 12 Monate insgesamt an. Wir sind der Meinung, dass eine Beschränkung der PT auf nicht-therapeutische Aufgaben zum einen das Leistungsvermögen von uns PiA verschenkt und zum anderen zu einer Dopplung von bereits Erlerntem führt: Die meisten PiA haben bereits während des Studiums klinische Praktika absolviert und dort „Kenntnisse und Erfahrungen über die akute, abklingende und chronifizierte Symptomatik unterschiedlicher psychiatrischer Erkrankungen“ erworben (Lernziel gemäß APrV). Weiterhin sind wir der Auffassung, dass sich unsere therapeutische Ausbildung nicht auf die ambulante Tätigkeit beschränken sollte, wenn doch fast die Hälfte der approbierten Psychotherapeuten im stationären Setting arbeitet. Das von uns und den Klinikverantwortlichen offenbar auch gewünschte therapeutische Arbeiten (s.o.) bedingt jedoch eine der Tätigkeit angemessene Vergütung. Dass wir bereits jetzt ausreichende Kompetenzen hierfür mitbringen, zeigen die Einschätzungen der Kliniken, welche mit der Arbeit der PiA allgemein zufrieden sind.

Hinsichtlich der Betreuung während der PT sieht die Faktenlage ähnlich düster aus wie bei der Vergütung. Im Forschungsgutachten heißt es: „Aus der Befragung der AbsolventInnen ging hervor, dass 44% in PT I und 43% in PT II nicht in der betreffenden Ausbildungsstätte für die Praktische Tätigkeit eingearbeitet wurden. 60% gaben an, während der PT I (52% PT II) überwiegend nicht angeleitet worden zu sein. [...] Es ist diesbezüglich eine hohe Übereinstimmung der Bewertungen der PT I zwischen den aktuell sich in Ausbildung befindlichen TeilnehmerInnen und den Angaben der AbsolventInnen zu verzeichnen.“ In unseren Augen sind dies erschreckende Zahlen. Chefärzte, Stationsärzte, approbierte Therapeuten lassen uns junge Kollegen beim Berufseinstieg ziemlich allein und von einer Ausbildung würde man anderes erwarten. Im Grunde genügen die Kliniken hiermit noch nicht einmal der in der APrV geforderten „fachkundigen Anleitung und Aufsicht“. Ob sie ihrer Verantwortung für die Patienten damit nachkommen, sei einmal dahingestellt. Wir fordern deshalb sowohl Anleitung, Betreuung und Supervision durch approbierte PP/KJP als auch eine systematische Einarbeitung.

Zusammenfassen kann man sagen, dass wir PiA während der Praktischen Tätigkeit zu wesentlich komplexeren Aufgaben herangezogen werden als in der APrV vorgesehen, dass wir dabei selten von erfahrenen und kompetenten Personen angeleitet werden und dafür wenig bis keine Vergütung erhalten. Dies ist in unseren Augen nicht nur ein politisches, sondern definitiv auch ein ethisches Problem.

Unsere Forderungen nach 1. einer der bereits vorhandenen Ausbildung angemessenen therapeutischen Arbeit während der PT, 2. einer der Arbeit angemessenen Bezahlung und 3. einer entsprechenden Betreuung scheinen uns daher gerechtfertigt und dringend notwendig. Wir hoffen, dass unser Beitrag zur Diskussion rund um das Forschungsgutachten beiträgt und dass unsere Anregungen im weiteren Umgestaltungsprozess berücksichtigt werden.

Sabine Wagner und Sandra Hirschler
PiA-Vertretung Rheinland-Pfalz

(Anmerkung der LPK Rheinland-Pfalz: Für den Inhalt der Stellungnahme sind die PiA-Vertreterinnen verantwortlich.)